



Sanae Abdi

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecherin der SPD-Bundestagfraktion
für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Sanae Abdi, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Berlin, 06.09.2022

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
+49 30 227 78084
sanae.abdi@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Magnusstraße 18b
50672 Köln
+49 176 41290706
sanae.abdi.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kalk
Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln

www.sanaeabdi.de

Beitrag zur feministischen Entwicklungspolitik

Noch immer ist es bisher keinem Land der Welt gelungen, Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Die Diskriminierung von Frauen und Mädchen hat sich in bestimmten Regionen der Welt vielmehr zu einer nicht hinnehmbaren Normalität entwickelt. So wird noch immer 130 Millionen Mädchen das Menschenrecht auf Bildung verwehrt und jede dritte Frau erfährt zumindest einmal im Leben körperliche oder sexuelle Gewalt. Es gibt weiterhin über 214 Millionen Frauen, die keinen Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte haben und laut dem Weltwirtschaftsforum wird es auch noch 136 Jahre dauern, um das globale Ziel einer Geschlechtergleichstellung zu erreichen. In der UN-Agenda 2030 unter dem SDG 5 aufgefasst, droht die Geschlechtergleichstellung somit eines derjenigen Ziele für nachhaltige Entwicklung zu werden, dessen Erreichung immer weiter in die Ferne rückt.

Die strukturelle Benachteiligung von Mädchen und Frauen nahm in der Politik bisher eine nicht angemessene Stellung ein. Es wird jedoch immer deutlicher, dass Entwicklungszusammenarbeit nur erfolgreich sein kann, wenn die Gleichstellung der Geschlechter verwirklicht wird. Ohne die Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen ist daher kein Wandel und somit auch keine nachhaltige Entwicklung möglich. Aus diesem Grund haben wir die Grundlagen der feministischen Entwicklungspolitik bereits im Koalitionsvertrag

angelegt. So wird Geschlechtergleichstellung als zentrales Merkmal des innen- wie auch außenpolitischen Handels der Bundesregierung definiert und als mehrdimensionaler Ansatz bei der Umsetzung von entwicklungspolitischen Vorhaben anerkannt.

Mit einer feministischen Entwicklungspolitik soll somit nun endlich der entscheidende Fokus gelegt und ein maßgeblicher Schritt hin zu einer langfristigen und erfolgreichen Entwicklungszusammenarbeit gegangen werden. Um dies zu erreichen soll in der feministischen Entwicklungszusammenarbeit die gleichberechtigte politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe von Frauen, die Stärkung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte sowie den uneingeschränkten Zugang zu gleichwertiger Bildung und Gesundheitsversorgung für Mädchen und Frauen weltweit gefördert werden. Neben dem Ziel einer Geschlechtergleichstellung für Mädchen und Frauen, geht die feministische Entwicklungspolitik jedoch über das Thema Geschlechtergleichstellung hinaus. Das zentrale Bestreben ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben – unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, Ethnizität oder Behinderung.

Hierfür orientiert sich die feministische Entwicklungspolitik an den „3 Rs“ (Rechte, Repräsentanz und Ressourcen). Zielmaßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beinhalten somit die Rechte von Frauen und anderen marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu stärken, diese gleichberechtigt an Entscheidungen teilhaben zu lassen um sie somit angemessen zu repräsentieren. Zudem soll auch der Zugang zu Ressourcen für alle Geschlechter sichergestellt und nicht mit geschlechterspezifischen Hürden verbunden sein.

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der anhaltenden Covid-19-Pandemie, steht die Welt derzeit vor immensen Herausforderungen. Das multilaterale System geriet zunehmend ins Wanken und der Schutz von Frauen und Mädchen sowie LSBTIQ+-Personen droht wieder in den Hintergrund zu gleiten. Besonders in Kriegs- und Fluchtsituationen ist es jedoch unsere Aufgabe Frauen und Kindern Schutz vor geschlechtsbasierter Gewalt zu ermöglichen und ihre Rechte zu gewähren. Dazu zählt der Schutz vor Kindesmissbrauch, Kinderheirat oder Zwangsprostitution. Der UN Trust Fund to End Violence Against Women leistet hierbei unter anderem einen entscheidenden Beitrag zur

Bekämpfung und Prävention von geschlechtsbasierter Gewalt. Durch die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und lokalen Organisationen können weltweit effektive Maßnahmen umgesetzt werden.

Der Ansatz einer feministischen Entwicklungspolitik beinhaltet jedoch ebenfalls das Ziel einer langfristigen Beseitigung von struktureller Ungleichheit, Ungleichbehandlung und Diskriminierung. Das Fortbestehen von Ungleichheiten ist größtenteils auf Barrieren kultureller, politischer und wirtschaftlicher Art zurückzuführen, die oft tief in sozialen Normen und patriarchalischen Machtstrukturen verwurzelt sind. Darüber hinaus haben jedoch auch Dekolonialisierung, Kapitalismus sowie auch Umweltkatastrophen einen unmerkten Einfluss auf die feministische Entwicklungspolitik, die jedoch für eine effektive Umsetzung mitbedacht werden müssen. Eine nachhaltige feministische Entwicklungspolitik muss somit unter anderem die neo-kolonialistischen Dynamiken, bspw. in bilateralen Geber-Nehmer-Beziehungen abbauen und stets eine Partnerschaft auf Augenhöhe anstreben. Koloniale, patriarchale, rassistische, sexistische, und ausbeuterische Machtstrukturen müssen aufgebrochen werden, um wirklich feministisch sein zu können.

Auch die Wirtschaft und die Natur stehen zwangsläufig mit einer feministischen Entwicklungspolitik im Zusammenhang, da die im globalen Norden etablierte Lebensweise und der wirtschaftliche Wachstumsreiz zumeist zu Ausbeutung, Klimaungerechtigkeit und der Aufrechterhaltung von Ungleichheit und Diskriminierung führen. So sind Frauen im globalen Süden direkt von Natur- und Umweltkatastrophen sowie von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen. Da Frauen jedoch weltweit häufiger als Männer in der Landwirtschaft tätig sind und für die Ernährung ihrer Familie sorgen, können sie besonders bei der Bewältigung der Klimakrise und des Biodiversitätsverlusts einen entscheidenden Beitrag leisten. Durch die verbreiteten gender-spezifischen Aufgabenverteilungen haben Frauen besonders in Entwicklungsländern als Versorgerinnen, Energienutzerinnen und Landbewirtschaftnerinnen das Potenzial zur Emissionsminderung und zur Bekämpfung des Klimawandels beizutragen.

Darüber hinaus kämpfen Frauen noch immer gegen eine wirtschaftliche Benachteiligung, sodass ca. eine Milliarde Frauen keinen Zugang zum formellen Finanzsystem haben. Ohne Konto- oder Finanzierungszugang bleiben Frauen die Möglichkeiten der formellen Ersparnisbildung oder der Unternehmungsgründung verwehrt. Zudem sind die Menschen in Entwicklungsländern zu 80 Prozent im informellen Sektor beschäftigt, mehrheitlich

davon Frauen. Hier können wir gezielt eine feministische Entwicklungspolitik vorantreiben, indem wir Social Protection Floors (SPFs) etablieren. SPFs bieten dabei eine essentielle Gesundheitsversorgung und damit eine grundlegende Einkommenssicherheit. SPFs sind somit elementar für die nachhaltige Bekämpfung von Armut, wodurch wir wirksam Kinder und Frauen absichern können.

Frauen müssen ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft werden, um langfristig positive Effekte zu erzielen, wie die Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität oder einer sinkenden Geburtenrate. Hierzu bedarf es allerdings Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven für Mädchen und Frauen, um diese aktiv am Arbeitsmarkt beteiligen zu können. Die im Textil- und Bekleidungssektor überwiegend weiblichen Arbeitskräfte gilt es zudem entlang ihrer wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte zu schützen. Durch die Etablierung von sogenannten Frauencafés wird die Wahrnehmung von Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechten gestärkt. Darüber hinaus müssen wir jedoch noch stärker unsere Sorgfaltspflicht entlang unserer Lieferketten ausüben und das deutsche Sorgfaltspflichtengesetz auf den europäischen Raum ausweiten, um somit ein wirksames EU-Lieferkettengesetz etablieren zu können.

Die globalen Krisen und Herausforderungen benötigen inklusive Ansätze, um ihnen wirkungsvoll begegnen zu können. Erst durch die Einbeziehung von Frauen und Mädchen sowie LSBTIQ+-Personen in Entscheidungsprozesse eröffnen sich langfristige Perspektiven und reale Lösungsoptionen. Deutlich wird dies unter anderem bei dem Thema Frieden und Sicherheit. Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan stellt hier noch immer eine hochaktuelle und äußerst relevante Herausforderung dar. Seit mehr als 20 Jahren hat sich Deutschland mit seinem entwicklungspolitischen Engagement in Afghanistan eingesetzt und konnte bereits Erfolge erzielen. Mehr Demokratie, mehr Bildung, mehr medizinische Versorgung und vor allem bessere Verhältnisse für Mädchen und Frauen. Durch die Machtübernahme der Taliban drohen diese Errungenschaften nun torpediert zu werden. Bereits jetzt sind gesundheitliche Einbußen, zunehmende Gewalt und geringe Chancen bei der Mädchenbildung deutlich zu beobachten.

Um Mädchen und Frauen sowie marginalisierte Gruppen mithilfe der Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen und zu unterstützen, müssen wir unser Engagement konsequenter und stärker als zuvor auf den Abbau von Geschlechterungerechtigkeit setzen. Hierfür verfolgt das BMZ aktiv die Strategie „Feministische Entwicklungspolitik“ und

erstellt derzeit den dritten BMZ-Genderaktionsplan. Darüber hinaus werden feministisch ausgerichtete Organisationen und lokale Zivilgesellschaften in Partnerländern unter anderem durch das BMZ gefördert. Das Thema der Geschlechtergleichstellung muss jedoch als international relevantes Politikfeld anerkannt werden und einen essenziellen Platz auf der politischen Agenda einnehmen. Hierbei dürfen allerdings Frauen und insbesondere Feministinnen of Colour, die essenzielle Vordenkerinnen in Bezug auf eine dekoloniale und gleichberechtigte Gestaltung von Entwicklungspolitik sind, nicht übergangen werden. Frauen stellen elementare Wissensträgerinnen und Gestalterinnen in der Bewältigung von Konflikten dar. Die aktive Teilhabe von Frauen an außen- und entwicklungspolitischen Entscheidungsprozessen legt den Grundstein einer nachhaltigen und effektiven Entwicklungspolitik.